

Christine Schirrmacher

Ein »islamisches« Phänomen?

Die Schreckensherrschaft des »Islamischen Staates« (IS) in Irak und Syrien

Seit Wochen halten Grausamkeiten und Gebietseroberungen des selbsternannten »Islamischen Staates« (IS) die Menschen im Nahen Osten in Atem und nicht nur sie: Bis nach Europa hat das von Abu Bakr al-Baghdadi im Juni 2014 ausgerufene Kalifat des IS Auswirkungen, sind doch bereits einige Tausend Europäer in den bewaffneten Dschihad nach Syrien und in den Irak gezogen, darunter auch rund 400 deutsche Staatsbürger. Sicherheitsexperten sind besorgt über die Aussicht, dass etliche von ihnen radikalisiert zurückkehren und, kampferfahren und brutalisiert, möglicherweise Anschläge in Europa verüben könnten.

Wie kam es aber zu diesem Ausbruch von Gewalt und Terror und zur Proklamation eines »Kalifats«? Was sind seine Ziele? Inwiefern nimmt der IS berechtigten Bezug auf den Islam – oder handelt es sich um eine bloße Form des Terrorismus?

Obwohl der IS erst seit wenigen Monaten in unser Blickfeld gerückt ist, besteht er doch schon etwa seit dem Jahr 2000, in dem Musab az-Zarqawi in Afghanistan unter dem Namen »Tauhid« (Einheit Gottes) eine Organisation gründete, die er kurze Zeit später in den Irak verlegte. Ab 2003 kämpfte Zarqawi im Irak gegen die amerikanischen Streitkräfte und schloss sich 2004 – vermutlich vor allem aus strategischen Gründen und um des »großen« Namens willen – durch die Ableistung eines Treueids auf Osama bin Laden der Organisation al-Qaida an. Er wurde zum »Emir von al-Qaida im Zweistromland« ernannt und verübte vor allem gegen irakische Schiiten mehrere Attentate. 2006 starb az-Zarqawi in Folge eines US-amerikanischen Luftschlags; 2007 wurde die von ihm gegründete Organisation deutlich schwächer, bis

sie etwa 2011 unter ihrem jetzigen Anführer, Abu Bakr al-Baghdadi, erneut erstarkte.

Es ergab sich daraus eine immer deutlicher werdende Konkurrenzsituation zwischen az-Zarqawis Organisation und der Führung von al-Qaida, zumal beide Organisationen hinsichtlich der Stoßrichtung des Dschihad unterschiedliche Auffassungen vertraten: az-Zarqawi sah etwa in der Bekämpfung der Schiiten als »Abtrünnige« ein wichtiges Ziel, während al-Qaida die Zusammenarbeit verschiedener islamischer Gruppen zur Verfolgung ihres vorrangigen Ziels, der Bekämpfung und Verdrängung der USA aus dem Nahen Osten, befürwortete. So befahl al-Qaida die Auflösung von az-Zarqawis ISIS, dem »Islamischen Staat in Syrien und Irak«, wie sich die Organisation mittlerweile nannte.

Aufgrund von az-Zarqawis Weigerung, dem Folge zu leisten und seinem Anspruch, der Führer der gesamten al-Qaida-Bewegung werden zu wollen, wurde ISIS von al-Qaida ausgeschlossen. Da in Syrien einerseits durch den Bürgerkrieg die Lage unübersichtlich geworden war und die staatliche Kontrolle allenfalls nur noch in Teilen aufrecht erhalten werden konnte, und da sich andererseits im Irak eine massive Abwehrfront unter Sunniten und Kurden gegen die Regierung des Schiiten Nuri al-Maliki gebildet hatte, konnte der IS 2014 schließlich unter Anwendung erheblicher Gewalt militärisch in ein Gebiet immensen Ausmaßes vorrücken. Das Dreieck erstreckt sich zwischen Aleppo in Syrien, Mossul im Norden und Bagdad im Süden des Irak. Gelernt hat der IS aus früheren Erfahrungen, dass er mit der Anwendung von Gewalt alleine die Menschen nicht für sich gewinnen kann: Er kämpft auch um die

Köpfe und Herzen und versorgt die Menschen mit Strom, Wasser und Benzin, ja, die Kämpfer sogar mit Söldnerlohn und die Bäckereien mit Mehl.

Das neue Pseudo-Staatsgebilde eines Kalifats entstand also im Machtvakuum einer Region, in der einerseits der Irak nach dem Abzug der amerikanischen Truppen über keine funktionierende Zentralgewalt verfügte und es keine das Wohlergehen des ganzen Landes verfolgende Politik gab. In

*Erfolg im
Machtvakuum*

Syrien war durch die Unruhen des Arabischen Frühlings und dem sich daraus ergebenden Bürgerkrieg eine staatliche Gewalt und Kontrolle des Landes allenfalls noch teilweise gegeben. Ein rasches Scheitern des IS wurde dabei durch seine unabhängige Finanzierung verhindert, die sich aus verschiedenen Geldquellen speiste. Die wichtigsten waren Einnahmen aus Erdöl und Schmuggel, Plünderung von Banken und Besitz, Geiselnahmen und Schutzgeld-erpressungen sowie Spendeneinnahmen.

Dieses »Reich« als »Kalifat« zu bezeichnen, hat dabei hohe Symbolkraft. Denn die Explosion der Gewalt zwischen Schiiten und Sunniten sowie ein sich Aufwerfen des IS zu den einzig »wahren Gläubigen«, die über allen anderen Muslimen stehen, ist auch das – machtpolitisch aufgeheizte – Ergebnis der niemals abschließend entschiedenen Frage, wer nach Muhammad zur Herrschaft berechtigt ist. Als Muhammad 632 n. Chr. starb, hatte er keine Nachfolgeregelung getroffen. Schnell bildeten sich zwei Gruppierungen heraus: Die sunnitische Mehrheit und die schiitische Minderheit, die heute rund 15 % der Muslime weltweit ausmacht. Beide Gruppen differieren unter anderem darin, wer zur Herrschaft berechtigt ist und wie ein islamischer Staat auszusehen hat. Es entstand die Idee des Kalifats, in dem zunächst geistliche und weltliche Herrschaft in einer Hand lagen. Das Kalifat gilt bis heute als Garant für Gerechtigkeit, als eine Herrschaftsform, die den Willen Gottes mittels der Anwendung

des göttlichen Gesetzes, der Scharia, durchsetzt. Nach der ersten Generation der vier »rechtgeleiteten« Kalifen, die alle noch Zeitgenossen Muhammads waren, gründeten Sunniten zunächst das umayyadische (661-749/50 n. Chr.), dann das abbasidische (750-1258 n. Chr.) Kalifat, das in Damaskus bzw. Bagdad ansässig war.

Wenn nun die Terrorgruppe IS im Irak versucht, Bagdad einzunehmen und die Eroberung eines Gebietes proklamiert, das von Jerusalem (ein Symbol des im politischen Islam verhassten Judentums) über den Vatikan (ein Symbol des bei Extremisten ebenso verhassten Christentums) bis nach Spanien (ein Symbol für die unrechtmäßige Rückeroberung eines ehemals islamischen Gebietes) reicht, dann knüpft sie an die Vorstellung der Institution einer »islamischen« Herrschaftsordnung an, die mit Gründung der Türkischen Republik durch Kemal Atatürk 1923/24 endgültig abgeschafft wurde – was von vielen bis heute als großer Verlust und als Unrecht betrachtet wird.

Es gab in der Geschichte mehrere Versuche, das Kalifat wiederauferstehen zu lassen, aber nie wieder ist die islamische Welt, die konfessionell und politisch über die Jahrhunderte immer stärker zersplitterte, unter einem Führer – wenigstens nominell – vereint gewesen. Doch der Wunsch nach einer Einheit von Staat und Religion blieb in großen Teilen der islamischen Theologie erhalten. Weder die säkularen Bündnisse (z.B. mit der Sowjetunion in den 60er und 70er Jahren), die Monarchie oder auch der Panarabismus, der sich zunehmend als Antwort auf die Niederlage im Sechs-Tage-Krieg gegen Israel 1967 herausbildete, konnten dieses Vakuum positiv füllen. So erklärt sich, dass allein der Begriff des »Kalifats« eine enorme Strahlkraft besitzt, obwohl die meisten Muslime die schreienden Gewalttaten der IS-Extremisten mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Auch in Afrika sind Teile bereits von der Idee des Dschihadismus infiltriert, dort

agiert zum Beispiel seit Jahren die Terrororganisation al-Shabaab in Somalia, kontrolliert heute fast die Hälfte des Landes und verübt mittlerweile Anschläge bis nach Kenia, Tansania und Uganda hinein. In Nigeria ist Boko Haram dazu übergegangen, besonders christliche Gemeinschaften, Kirchen und Priester als Ziele für Anschläge auszuwählen. Und al-Qaida breitet sich vom Maghreb über Mali bis in die südlichen Länder Afrikas aus. Staatszerfall, Konflikte entlang religiöser und ethnischer Gruppen, ungelöste soziale und politische Spannungen aus der (z.T. kolonialen) Vergangenheit und Gegenwart sowie wirtschaftliche Unterentwicklung, Korruption und Perspektivlosigkeit sind wichtige Faktoren, die derartige Entwicklungen begünstigen, ebenso wie eine politisch-ideologische Islam-Interpretation.

Häufig wird dabei der erbitterte Streit, wer den wahren Islam vertritt, zwischen Schiiten und Sunniten und hier wiederum zwischen Gemäßigten und Radikalen auf dem Rücken von Minderheiten wie Jesiden oder Christen ausgetragen. So geht es bei dem vermeintlich »religiösen« Kampf auch sehr wesentlich um die Frage, wer im Nahen Osten die Vorrangstellung besitzt. Hier haben sich zwei verschiedene Machtblöcke herausgebildet: Der erste wird von Saudi-Arabien auf sunnitischer Seite angeführt. Ein Ziel ist es hier, den Einfluss derjenigen sunnitisch geprägten Länder zurückzudrängen, die das Herrschaftsmodell der Muslimbruderschaft befürworten wie etwa Katar oder die Türkei. Dem gegenüber steht der Block, der auf schiitischen Seite vom Iran aus angeführt wird (verbunden mit dem ebenfalls schiitischen Herrscherhaus des Assad-Clans und etwa der Hisbollah). Beide Machtblöcke unternehmen erhebliche finanzielle, personelle und machtpolitische Anstrengungen, um ihre Vormachtstellung zu sichern; in Syrien stehen sich nun beide Seiten in einem erbitterten Stellvertreterkrieg gegenüber – zum großen Leidwesen der Bevölkerung.

Menschen werden dort entführt, vergewaltigt, zwangsverheiratet, gequält, ermordet, aber der IS verspricht gleichzeitig, dass eine gerechte Gottesherrschaft auf Erden entstehen werde, wenn man nur erst den Ur-Islam wiederherstellt. In ideologischer Manier wird behauptet, dass durch die grausame Anwendung der Scharia automatisch Frieden, Gerechtigkeit und ein Ende der Korruption herbeizuführen sein werde. An Christen und anderen Minderheiten wie den Jesiden wird durch brutales Vorgehen die eigene Glaubenstreue dann öffentlich demonstriert. Ihre Bekämpfung und Vertreibung scheint eine Etappe auf dem Weg zum Gottesstaat zu sein.

Diese extremistischen Vorstellungen wurzeln in einem politischen Islam, der sich erstmals im Jahr 1928 mit der Gründung der Muslimbruderschaft in Ägypten manifestiert hatte. Sein erklärtes Ziel war die Errichtung eines an Gottesherrschaft ausgerichteten Gemeinwesens, das durch eine vermeintliche Rückkehr zum Ur-Islam Muhammads die Umsetzung des Glaubens auch auf gesellschaftlicher, rechtlich-gesetzlicher und politischer Ebene unter voller Anwendung der Scharia forderte.

Der Arabische Frühling brachte für viele Verzweifelte die Hoffnung, dass Verbesserungen oder gar ein Ende der oft katastrophalen wirtschaftlichen Situation und Perspektivlosigkeit, der Unterdrückung Andersdenkender, der Bildungsmisere und des Machtmissbrauchs erreicht werden würden. Dass die ausufernde Korruption eingedämmt und Rechtsstaatlichkeit hergestellt werde, dass sich die wirtschaftliche Lage verbessere, das versagende Bildungssystem reformiert werde, die Arbeitslosigkeit, vor allem unter jungen Menschen, verringert und die Verelendung der Massen in den Slums der Großstädte aufgehoben werden könne. Heute ist die Situation in den meisten Ländern nicht besser als vor den Revolutionen – was eine tiefe Krise des Nahen Ostens offenbart. Es fehlen Konzepte zum Aufbau einer Zivilgesellschaft,

zur Herstellung von Pluralismus und Ausgleich zwischen ethnischen und religiösen Gruppierungen, zwischen Frauen und Männern, zwischen Staat und Religion. Frauen-, Freiheits- und Menschenrechte, Religionsfreiheit mit der Möglichkeit, auch den Islam verlassen und sich einer anderen Religion zuwenden zu können; sowie Foren der freien Meinungsäußerung im öffentlichen Raum sind auch nach dem Arabischen Frühling größtenteils Desiderate im Nahen Osten geblieben. Das alles bildet den Untergrund für neue Radikalismen.

Der Dschihadismus gehört derzeit mit Sicherheit zu einer der größten Bedrohungen für den Weltfrieden. Die Folge von Terror und Tod im Namen des Islam ist zunächst, dass zahlenmäßig vor allem Mus-

lime zu den Opfern zählen. Zugleich leiden Muslime weltweit auch dadurch unter Terror und Dschihad, dass der Ruf des Islam als Religion nachhaltig in Mitleidenschaft gezogen wird.

Was ist der wahre Islam – Glaube und Spiritualität, gesellschaftliche oder politische Ordnung? Wie ist mit dem Erbe Muhammads umzugehen, der anerkanntermaßen nicht nur den Glauben an den einen Gott verkündete, sondern auch gesellschaftlicher Reformator und Gesetzgeber sowie Feldherr und Kämpfer war. Wie können sich im Nahen Osten Wege zu vermehrten Menschen-, Frauen- und Freiheitsrechten öffnen? Die gegenwärtige Krise offenbart die unbedingte Notwendigkeit zum Handeln.



Christine Schirmmacher

ist Professorin für Islamwissenschaft an der Uni Bonn und der Evangelisch-Theologischen Fakultät (ETF) in Leuven/Belgien. Sie ist Gastdozentin bei diversen Sicherheitsbehörden und im Dialog zwischen Christen und Muslimen engagiert.

christine.schirmmacher@uni-bonn.de

Christoph Ostheimer

Religiöser Wahn trifft auf moderne Technik

Der »Islamische Staat« im Netz

Auch wenn die Kampfverbände, die derzeit an den diversen Bürgerkriegsschauplätzen in der arabischen Welt beteiligt sind, aufgrund ihrer multinationalen Zusammensetzung auf den ersten Blick an die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg erinnern mögen, haben sie darüber hinaus nichts mit den Freiwilligenverbänden der 30er Jahre zu tun. Es handelt sich vielmehr um radikalislamistische Kräfte, denen es nicht um eine Zukunft in Demokratie oder Sozialismus geht, sondern um die Wiedererrichtung einer imaginierten glorreichen Vergangenheit, die den Werten ihrer fundamentalistischen Auslegung

des Islam entspricht. Die aktuell wohl gefährlichste unter diesen Gruppen nennt sich Islamischer Staat (IS, früher Islamischer Staat im Irak und [Groß-]Syrien, kurz ISIS). Die Terroristen brachten, teilweise im Verbund mit anderen sunnitischen Rebellengruppen, wie beispielsweise den Anhängern der abgesetzten Baath-Partei Saddam Husseins, ab Juni große Teile des Irak und weitere Gebiete in Syrien unter ihre Kontrolle und riefen dort ein islamistisches Kalifat aus. Führer dieses beispiellosen Terrorregimes ist »Kalif« Abu Bakr Al-Baghdadi, der letztlich die Herrschaft über die gesamte islamische Welt